

Merseburger Tagblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abnehmer monatlich 12 M., durch Boten bezogen monatlich 13,20 M., bei Postbestellung monatlich 15,00 M. frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 60 Pf. Postfachnummer 4. Amt Leipzig Nr. 1654. Geschäftsstelle: Halberstädter 4. Für unregelmäßige Bezuhlungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

Anzeigenpreis Der Spaltenpreis. Spaltenraum 70 Pf. 4 M. Die laufende Monatsausgabe wird vom Bezuhler auf seine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 6,00 M. in Zahlung genommen. Abgebende 75 Pf. Reichsbesonders. Anzeigenpreis 1,50 M. Verlagsnummer Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)

Herausgeber Ludwig Balk.

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 53.

Freitag, den 3. März 1922

162. Jahrgang

Tageschronik

Die Konferenz von Genua wird aber Offen hinaus verschoben.
Das Steuerkompromiß erscheint erneut gefährdet.
In den Reichstagsparteiern macht sich eine unangenehme Stimmung gegen den Reichspostminister Giesberts bemerkbar.
Lloyd George hat den Konservativen ein Ultimatum mit der Androhung seines Rücktritts gestellt.

Das Steuerkompromiß wieder gefährdet.

Die Sozialdemokraten verlangen eine Erklärung von der Deutschen Volkspartei.
Berlin, 3. März. Reichstagskanzler Dr. Brüch wird die Besprechungen mit den Fraktionsführern über das Steuerkompromiß heute wieder aufnehmen. Die „Zeit“ mitteilt, hat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei bisher noch keine Einlassung zur Teilnahme an den Besprechungen erteilt. Das Blatt weist weiter darauf hin, daß eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei an den Verhandlungen nur in Frage komme, wenn sie nicht nur von der Regierung, sondern von der gesamten Regierungskoalition ausdrücklich genehmigt werde.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß sich laut „Socialists“ gestern Abend mit dem Steuerkompromiß. Anlässlich dieser Besprechungen habe das Verhalten einzelner Mitglieder der Deutschen Volkspartei gegeben, die in den Steuerkompromiß den Vorbehalt gemacht haben, als ob das Kompromiß für ihre Personen keine Geltung mehr habe. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Steuerkompromißes wurden von der Fraktion beauftragt, heute von der Volkspartei eine Erklärung über ihre Stellungnahme zum Kompromiß zu verlangen. Sollte die Volkspartei ihre bisherige Zustimmung verweigern, dann werden selbstverständlich auch für die Sozialdemokraten alle bisherigen Verhandlungen, die dem Steuerkompromiß zugrunde liegen, hinfällig.

Wie die Mätker melden, werden die Beratungen im Reichsfinanzministerium mit den Sachverständigen der Banken, der Industrie und des Handels über die Ausgestaltung der Finanzbankleihe heute beginnen.

Nach den Verhandlungen über die Beamtenbeholdung.
In der gestrigen Besprechung der Finanzminister der Deutschen Länder über die Beamtenbeholdung gab Reichsfinanzminister Dr. Bormes einen Überblick über die bisherigen Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen. Im Hinblick darauf begann eine Debatte insbesondere über die Frage, in welcher Weise die Grundgehälter erhöht werden sollten, besonders ob die Wirtschaftsdarlehne und die Rinderzulagen in das Grundgehalt mit hineingerechnet werden sollten.

Wegen Mangels an „Persönlichkeiten“?

Die Mätker erfahren, daß der Reichsrechnungsmittler Dr. Gernies, der vorübergehend die Geschäfte des Reichsfinanzministers führt, erneut den Reichsanzler ersucht hat, eine endgültige Regelung darüber herbeizuführen, von wem die beiden Ministerien in der Folge geleitet werden sollten. Dr. Gernies erklärte, daß er die Verantwortung für die gleichzeitige Führung der Geschäfte der zwei Ministerien auf die Dauer zu tragen nicht in der Lage sei. Eine Entscheidung über die Frage ist noch nicht getroffen.

Dr. Pfeiffer Vorkämpfer für Washington?

Von zuverlässiger Seite ist bekannt, daß Berliner Vertreter: Der Reichsanzler hat dem Gesandten Dr. Pfeiffer in Wien den Vorschlag des deutschen Vorkämpfers in Washington angeboten. Dr. Pfeiffer hat jedoch, von dieser Veranlassung abgesehen, und hat sich überhaupt nicht geäußert. Es ist jedoch anzunehmen, daß er den Ruf als Vorkämpfer nach Washington annehmen wird.

Das Verlangen des Reichspostministers.

Wie wir zuverlässig hören, beschließen sich die Reichspostminister: ausgedehnt mit den Vorgesetzten der Reichspost. Selbst im Hinblick auf die Sozialdemokraten wird ausgedehnt gegen den Reichspostminister Giesberts Stimmung gemacht, da man eintritt, daß er keinen Aufgaben nicht gewachsen ist. Nicht nur seitens der Reichsparteien, sondern auch aus den Mittelpartien wird deshalb bei Veranlassung des Reichstags gegen den Postminister Exposition geübt werden. Es ist folgendes festgestellt: Seitens der Parteien wurde verlangt, daß das Personal bei der Post eingeschränkt werde zum Ausgleich des Etats. Die überschüssigen Beamten sollten den Finanzämtern zugeführt werden. Das ist auch auf Betreiben der Parteien geschehen, doch sind für diese, den Finanzämtern

Lloyd Georges Rücktrittsgedanken.

Ein Ultimatum an die Konservativen.

London, 3. März. Dem „Evening Standard“ hat Lloyd George in einem an Lord Chamberlain gerichteten Briefe zu verstehen gegeben, daß er nicht mehr an der Spitze der Regierung verbleiben werde, wenn Younger, der Präsident der Regierungskoalition, als Vorsitzender der Koalition tätig sei. Lloyd George ist bereit, mit Chamberlain und Walfour solange zusammen zu arbeiten, als diese Vorsitzender der Koalition bleiben. Er hat sogar den Konservativen ein Ultimatum gestellt, das faktisch vor die Wahl stellt, Younger zu desavouieren oder auf Lloyd Georges weitere Mitarbeit zu verzichten. Es ist im Augenblick noch unentschieden, ob die Konservativen der angebotenen Rücktritt Lloyd Georges annehmen werden. Inzwischen scheint die Spaltung der Partei nach Lage der Dinge als unvermeidlich. Die konservativen Fraktion erhofft ein Ministerium Walfour. Die Zusammenkunft der Parteiführer der englischen Konservativen ist auf nächste Woche Donnerstag verschoben worden.

Genua abermals verschoben.

Neuer Termin: 25. April?

Paris, 3. März. In unterrichteten Kreisen rechnet man mit einer neuen Verschiebung der Konferenz in Genua. Während das russische Gesandte um eine Frühverlegung des Termins seine Ausfälle auf Erfolg hat, scheint sich das Argument, das es inopportun sei, die Verhandlungen in der Karwoche beginnen zu lassen, durchzusetzen. Eine Verlegung auf die Zeit nach Ostern erscheint gesichert. Als neuer Termin wird der 25. April genannt.

Brugg, 3. März. Die Zusammenkunft zwischen dem schweizerischen und dem jugo-slavischen Vertreter des Auswärtigen Amtes dieser Länder spielte sich in voller Uebereinstimmung ab. Es handelte sich um den Austausch von Informationen, die den Zweck haben, daß die Finesse-Statute und Jugoslawien geeint bei der in Belgien abzuhaltenden Konferenz von Genua erscheinen.

Wigo, 3. März. Sämtliche baltischen Staaten haben sich entschlossen, sich auf der Konferenz von Genua gemeinsam zu betreten zu lassen und ihre Repräsentation zu fordern.

Gesheimer Wieder in London.

Wie aus London berichtet wird, ist dort der bisherige der Krupp-Unternehmungen, Geheimrat Wieder, in einer Privatangelegenheit eingetroffen. Da Geheimrat Wieder zu den deutschen Vertretern für Genua gehört, bringt die französische Presse natürlich sofort seine Reise mit dieser Konferenz in Zusammenhang.

generellen Postbeamten wieder neue Beamte eingestellt werden! Aus diesen Gründen ist es unmöglich, den Postetat zu balancieren. Sogar kommt noch, daß die Eisenbahn neuerdings für die Postwagen, die sie mitführt, eine Entschädigung von 100 Millionen jährlich fordert, was ebenfalls dazu beitragen muß, den Postetat völlig in Unordnung zu bringen. Ueber die Frage, wer als Nachfolger Dr. Giesberts in Frage kommt, hat man in den Parteien noch nicht gesprochen. Im Gegensatz zum Reichspostminister wird dem Reichsrechnungsmittler Gernies nachgesagt, daß er alles tut, um geordnete Verhältnisse bei der Eisenbahn zu schaffen (?). Darach die Postminister werden, infolge des Streites sind zahlreiche Beamte entlassen worden und keine neuen eingestellt.

Die neuen Verhandlungen mit England.

Wie wir bereits mitteilen konnten, wird die russische Delegation unter Führung von Wabel, in den nächsten Tagen wieder in Berlin erwartet. Mit ihr werden aber auch Walfour, der Reichsfinanzminister in Berlin aufzutreffen. Die Delegation wird Verhandlungen sowohl mit der Regierung als auch mit der Industrie fortsetzen.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Wahlenthaltung der Unabhängigen und Kommunisten.

Wie unser Berliner Vertreter hört, werden das Zentrum, die Demokraten und Sozialdemokraten sich bei der Wahl des Reichspräsidenten auf Ober als gemeinsamen Kandidaten einigen. Die Unabhängigen und Kommunisten werden Wahlenthaltung beobachten, da nach ihrer Auffassung ein Reichspräsident überflüssig ist. Eine wie große Bedeutung dieses für die Wahl eines überlegenen Kandidaten hat, wird daher keiner besonderen Erwähnung bedürfen.

Dato — Erzberger.

Die Mätker des spanischen Ministerpräsidenten Dato, die seiner Zeit in Berlin verhaftet wurden, sind von der Reichsregierung der spanischen Regierung ausgeliefert worden, ohne daß die deutsche Öffentlichkeit der Angelegenheit besondere Aufmerksamkeit zugewendet hätte, abgesehen von jenen Unzufriedenen Kreisen, die jede Gelegenheit benutzen zu müssen glauben, um ihre Mätker in demontrierende Bewegung zu legen. Der sozialistische Justizminister Dr. Radbruch hat dem Reichstag in der Sitzung vom 23. Februar vor der Auslieferung Kenntnis gegeben und — das ist nur nebenbei gesagt — das holländische Volk gegen dessen parlamentarisches Verhalten vor eine der besten vollendeten Tatsachen gestellt, an denen die nachdemokratische, republikanisch-demokratisch-sozialistische Regierungspraxis so reich ist. Auch der Reichstag ist ohne große Debatte über die Auslieferungsjahre zur Tagesordnung übergegangen, abgesehen mit der holländischen Auslieferung des Dato-Mätker ein Präzedenzfall von allerhöchster Bedeutung geschaffen ist.

Was man auch geteilter Ansicht darüber sein, ob es mit Rücksicht auf die Verhütung des politischen Lebens zweckmäßig ist, holländischen Mätkern in fremden Staaten Mätkern zu gemäßen, so darf jedenfalls die Entscheidung, ob ausgeliefert werden soll oder nicht, im konkreten Fall nicht von Gefühlsmomenten und politischen Zweckmäßigkeitsbetrachtungen abhängig gemacht werden, sondern sie hat sich einzig nach der bestehenden Rechtslage zu richten. Obwohl dem spanisch-deutschen Auslieferungsvertrag dürfen nur solche Personen nicht ausgeliefert werden, die sich irgend einem politischen Verbrechen oder Vergehens schuldig gemacht haben, und zwar verkehrt man unter einem politischen Verbrechen nach der holländischen Auffassung gegen den Staat und die nationale Ordnung versteht, wie auch Verbrechen, die aus politischen Motiven herbeigeführt sind. Die Rechtsprechung hat sich fast einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß dem deutsch-spanischen Auslieferungsvertrag die letztere Definition zu Grunde zu legen ist, obwohl der Vertrag an sich nur auf die Auslieferung der Dato-Mätker rechtlich anwendbar ist. Besonders hat dies Dr. Weberg in seinem Reichstagsreden an den Justizminister zum Ausdruck gebracht, und er nimmt in einem „Die Weltzeitung“ des 1. März überschriebenen Artikel in der Abendausgabe der „Westfälischen Zeitung“ vom 27. Februar scharf gegen die Auslieferung Stellung, wobei besonders interessant ist, daß die Auslieferung fast ganz auf Grund eines Gutachtens des Professors Schilling, dem nicht einmal sämtliche o. a. Unterlagen vorgelegen haben. Dr. Weberg stellt ausdrücklich fest auf Grund seiner eingehenden Untersuchung, daß keine persönliche Rache an dem Menschen Dato verübt, und daß auch nicht durch die Ermordung der Frau seines Eigentums ermöglicht werden sollte, sondern daß die Mätker von anarchischen Motiven geleitet, durch das Attentat auf den spanischen Ministerpräsidenten die Autorität des spanischen Staates erschüttern, den Limiten der Verfassung Spaniens verstoßen, zum mindesten begünstigen wollten, und auf solche Weise bestrebt sollte sich das vertragsmäßige Auslieferungsverbot erstrecken.

Wenn gegenüber diesem klaren Sachverhalt der Reichsjustizminister im Reichstage die Auslieferung damit begründete, die Mätker ist ein politischer Mätker, aber nicht zu einem politischen Zweck gehören, so können wir zunächst nur staunen über diese Rechtsauffassung seitens eines Juristen, dessen Name wenigstens in früheren Zeiten immerhin einen wissenschaftlichen Klang hatte. Nach dieser Begründung aber fragen wir, weshalb diese politische Zielsetzung hatte die weite Reichsregierung als ihr Vertragspartner, dem spanischen Auslieferungsvertrag nach, und schon geht ein verständnisvolles Schmunzeln über unsere Lippen — Erzberger!

Es besteht die Möglichkeit, daß die Reichsregierung in diesem Falle kommt, in der jetzt die spanische Regierung sich befindet, nämlich auf Grund eines ähnlichen Auslieferungsvertrages die Auslieferung der Mätker Erzbergers zu verlangen. Und da will sie sich dann hinstellen und mit dem Bruchton der Uebereinstimmung den innerpolitischen Konsequenzen wie dem Auslande zeigen können: Seht, in einem ganz ähnlichen Fall — nämlich über Erzberger — haben wir so viel wohlwollenderer politischer Natur war, als der Dato-Mätker, spielt bei dieser Regierung keine Rolle — haben wir ausgeliefert, folglich haben wir auch das Recht, die Auslieferung der Mätker Erzbergers zu verlangen. Was würden auch die rätigen Gemüter aller Schwärzungen sagen, wenn das Auslieferungsbegehren der Erzberger-Mätker an einem Auslieferungsvertrage scheitern würde? Das wäre gar nicht auszubedenken! Folglich — begehrt man einen kleinen Preisbruch, um später einen größeren, von einem anderen Staate verlangen zu können.

Doch die Auslieferung ist nun einmal geschehen und kann nicht wieder rückgängig gemacht werden, darf der Regierungspraxis der freiesten aller Völkergewalten, und damit eines Reiches, der seine Unabhängigkeit zu einem politischen Handeln mal wieder beweisen in einem dieser Art! Kritik kann die an dieser Stelle schon einmal erhobene Forderung nur wiederholt werden, daß der Begriff des politischen Verbrechen in den Auslieferungsverträgen einer eindeutigen Definition unterzogen werden sollte.

Der 2. Landbundtag der Provinz Sachsen

Salze, 2. März. Der 2. Landbundtag der Provinz Sachsen begann am Donnerstag vormittag um 11 Uhr im 'Waldfahrttheater' bei einem solchen Andrang, daß die Polizei schon vor 11 Uhr die Türen schließen mußte. Man hat sich durch fleißige Veranstaltung einer Parallelveranstaltung im Stadtschloßhause.

Im 'Waldfahrttheater' wurde die Tagung eingeleitet durch einen vom Direktor des Reichslandbundes, Herrn Reuter a. D. von Bismarck geleiteten Prolog, den Herr Gebhard-Paule würdevoll sprach. Dann begrüßte der Vorsitzende des Landbundes Provinz Sachsen die Versammlung und gab einen Überblick über die Tätigkeiten des Provinzial-Landbundes im vergangenen Jahre. Diese Tätigkeiten hat Kampf gegen den Unkraut-Kampf für Freiheit im Wirtschaftleben, 'Unkraut-Wasser', so führte der Redner aus, 'in diesem Kampf ist unsere Organisation. Sie geht es in erster Linie auszubauen: das Menschlichste ist gefordert. Drei Hauptgesellschaften, in Salze, Waburg, Erfurt, und 36 heimische Kreisgesellschaften leisten die Arbeit. In zwölf Kreisen ist es gelungen, sich ein eigenes Landbundesorgan zu schaffen. Im Reichstag haben sechs Abgeordnete unserer Provinz, im preussischen Landtag vier, im Provinzial-Landtag 31 das Programm des Landbundes anerkannt. Mit Industrie und Handwerk marschieren wir Hand in Hand; mit dem Bauernverband der Landarbeiter und dem Reichslandarbeiterverband arbeiten wir in engerer Fühlung. Unser Kampf gegen den Unkraut richtet sich vor allem gegen die Pflanze, die noch immer unseren Verhältnissen als dem einseitigen im ganzen Reich ansteigt. In jedem Bereich des Unkrautverkehrs und die Kreisvereine und wurde sie mit unseren Worten gegen die Politik der Reichsregierung und gegen die Gründung der Reichs-Landarbeiter-Gesellschaft. Jede Vertiefung auf einer neuen Grundlage mußte der Landbund absteuern und zwar im wohlverstandenen Interesse der Verbraucher, denen

zur Erleichterung der Produktion

Helfen kann. Unser Kampf geht ferner einer gerechten Steuerberechnung. Unser Kampf geht ferner der Anerkennung unserer Exportwaren der Verbraucher, die sich daran zu erfreuen müssen, daß nunmehr das Landvolk sich eine maximale Gewerkschaft zur Wahrung ihrer Interessen geschaffen hat. Besonders Gewicht haben wir auf Aufführung der Verbraucher, auf den Kampf gegen die fortgesetzte Verleumdung der Landwirte gelegt. In diesem Kampfe nicht müde zu werden, immer wieder darauf hinzuwirken, daß die Landwirtschaft die einzige sei, die durch vermehrte Arbeit und alle Arten Forderungen der Wirtschaft in sich selbständigem Werte auf. Unter großes Ziel ist der Lebensaufstieg unserer Vaterlands. Ihm dient das Zielwerk der deutschen Landwirtschaftliche Wirtschaft. Diesem Ziel ist nur zu erreichen durch Einigkeit der Wirtschaftlichen.

Herr v. Bismarck empfahl die Annahme folgender Entschlüsse: Die im 'Landbund' vereinigten 280 000 Landwirte der Provinz Sachsen erklären ihre Vereinstätigkeit, sich dem Zielwerk der deutschen Landwirtschaft mit allen Mitteln anzuschließen. Grundbedingung ist, daß die Hände des schaffenden Bauern nicht durch die Fesseln der Zwangsvereinstellung gebunden bleiben und er hierdurch an der freien Entfaltung seiner Kräfte im Interesse des Volksganzen gehindert wird. Der 'Landbund Provinz Sachsen' fordert daher eine sofortige eindeutige Erklärung der Regierung, daß die Wirtschaftlichen im neuen Eintritte wirtschaftlich erklärt, daß er bei der Aufbringung einer neuen Grundlage, selbst in 'Vordereiter' Form, in keinem Falle mitwirken wird. Jener einstimmige Annahme schloß sich die ebenfalls einstimmige Annahme der zweiten Entschließung an:

Ernent fordert Frankreich die Auslieferung der Kriegsbeschädigten. Wir geloben hiermit, uns wie ein Mann vor jene Männer zu stellen, die in heldenmütiger Abwehr vier Jahre hindurch Deutschland gegen feindlichen Einbruch geschützt haben.

Von der Regierung aber erwarten wir nicht nur Bedingungen Ablehnung der feindlichen Forderung, sondern auch sofortige weitestgehende Befreiung der deutschen Gegenstände, damit endlich die Zurückführung durch das Verfallene Welt aufgewonnene Schindlöhle aus der Welt geschafft wird.

Nun trat der bekannte Führer Freiherr von Wangenheim kürzlich begrußt, als Redner, um in der Hauptfrage folgende auszusprechen:

Am 28. Februar fand in Berlin die außerordentliche Generalversammlung der von der offiziellen Regierung des alten Bundes der Landwirte vorgenommene wurde, die zum Zweck seiner Befreiung mit dem Bauernbunde im neuen 'Reichslandbund' tätig war. Denn mehr noch als je, gilt es heute das Problem zu lösen: in Einklang alle Landwirte, auch Oberbäueren und Wirtschaften, die sich zur Selbsternennung Deutschlands aufzunehmen und durch intensiven Wirtschaft, Verbesserung besten Saatgutes, Verwertung der gewaltigen Dechlandflächen innerhalb der Reichsgrenzen — aus eigenen Mitteln! Ein Ermächtigungsgesetz zur Gründung von Provinzialerleichterungsgesellschaften soll den Weg dazu ebnen. Sie sollen 'Kreisländer' oder auch 'Kreisländer' ausgeben, die zu 2 Prozent verzinstlich und nach einigen Freijahren, mit 2 bis 2½ Prozent zu tilgen sind. Ihre Verwertung aber soll sich anleihen an die Provinzialverwaltung. Ferner ist großzügiger Personalkredit nötig zur Lösung des Wirtschaften, Aufbaus und Verbesserung von Geräten usw. Ihn zu beschaffen, soll ein Syndikat erreicht werden auf gemeinsamer Basis. Die praktische Form wird indessen noch gesucht. Das Kapital muß mindestens 200 Millionen Mark betragen. Die Großbanken können aber hier nicht in Frage, denn nur die Wirtschaften vermögen es im letzten Endes die Kreditwürdigkeit des Wirtschaften und seinen Bedarf zu kennen. 'Kreisländer' müssen ferner durch Beihilfe, Aufmunterung und Belebung zur Intensivierung allerwärts drängen. Das äußerliche Wirtschaften muß angeordnet werden, auch muß fähig zu geeigneten Jodberufen vermindert werden, daß wir in Pommern den Jodberufen mit 55 Mark verkaufen und es kurz danach im Reichsland für 500 Mark verkaufen wird.

Die Landwirte verlangen, daß durch Preisregulierungsmaßnahmen letzteres angestrebt wird, aber hohe Preise festgesetzt werden, die dann allgemein gelten. Auf darf nicht das Zentrum schon wieder den institutionellen Teil in die Landwirtschaft treiben, wie es tatsächlich bereits anfängt! Die Landwirtschaft kann sehr wohl mit dem Handel gehen, wenn er sich ebenfalls mit ausreichendem Kredit begibt, wie jetzt, die Preise hoch sein zu machen! Deshalb ist auch der Gedanke einer 'Reichs-Landwirtschaftsgesellschaft' durchzuführen. Nicht 1 Pfund Korn sollte ihnen der deutsche Landwirt geben, aber nicht 1 Pfund für die ungleiche 'Menge' mehr liefern. Die Landwirtschaftler müssen alles in allem die Verantwortung der Landwirte sein. Insbesondere Wirtschaften sollen richtig das Recht bekommen, mit den Arbeitern in der Volkswirtschaft vertreten zu sein.

Die Zwangsvereinstellung als Eingriff ins Betriebsvermögen können wir als gleich allen Wirtschaften betrachten, fordern aber Ruhe und Ordnung für unsere Wirtschaft. Das Zentrum wird sich nicht einmischen, die Not dieser Lage der Welt eines neuen Aufstiegs!

Unter demnächst Weisung sprach Herr v. Bismarck dem Redner den Dank des Hauses aus und verlas ein Freigedicht, das den schwerbedrückten Saarlandwirten zinging.

Herr Pastor Julius Werner von der Bauhofschele in Frankfurt a. M. (früher Solingen) sprach dann über das Thema 'Aus dem Reich der Not zu neuer Größe und Kraft'. Um 8½ Uhr abends lag im Stadttheater eine Aufführung von d'Albiers Oper 'Zieland' statt.

Die Angestellten im neuen Deutschland.

Von Oscar Thomas-Cottin.

Am 3. Januar 1919 schrieb der 'Bund der Sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands', 'höhere Stellung und persönlicher Freiheit für alle geistig und körperlich schaffenden Menschen.' Anzulegen konnten sich erfüllen. Und als die Nationalversammlung erfüllt war, sich die sozialdemokratischen Volksbeauftragten unterschrieben, daß sie sich in die Sache doch noch eine so harte Bemerkung, daß das Sozialistengesetz mit einer übermäßigen Mehrheit angenommen wurde, selbst vor Parlamentarismus, die noch eben vor der Revolution reine Mandatsträger waren.

Glück, Wohlstand, Zufriedenheit und 'gar höhere' Stellung liegen uns ferner als je zuvor. Dennoch soll gegeben werden, daß die Sozialisten in jenen Revolutionstagen in Sprünge Hindernisse überantriebe, die vorher nur in mühevollen Märschen von jahrelanger Dauer zu nehmen gewesen wären. Offen bleibt nur die Frage, ob nicht gerade hier weniger mehr gewonnen wäre, ob nicht manchmal menschliche Geduld genügt, um die Sozialisten in die Zeitverhältnisse zu wenig sagte, wie eine Friedenstaube zu dem Symbol des Völkerverbundes.

Wem aber auch sei, jedenfalls drängt sich dem Beschäftigten der sozialen Fragestellung seit der Revolution mit demselben Erkenntnis auf, daß die bestehenden Verhältnisse der Arbeiterangelegenheiten nicht die Beachtung fanden, die sie verdienen. Bald mehr, bald weniger legt sich in den verschiedenen Situationen seit jener Zeit eine Wand, die letzten Endes jedes Gemeinwohl der Arbeiterangelegenheiten im allgemeinen Arbeitsinteresse vernichtet. Diese Wand ist die Sozialdemokratie. Mag die Sozialdemokratische Partei sein oder in sozialistischer Neutralität verharren, immer macht sich ihr Einfluß geltend, besonders Erzeugnisse schaffen der Angestellten zu größeren oder neuen Einrichtungen für ihre besonderen Bedürfnisse nicht aufkommen zu lassen. Da sind zunächst die Besetzungen der Arbeitsstellen. Nicht man von der Einführung der Sonntagruhe im Handelsgewerbe, ob denn findet sich keine, die geeignet wäre, alle Forderungen von Angestellten der Erfüllung näher zu bringen. Dagegen tritt die angestelltenrechtliche Tendenz mehr und mehr deutlich hervor. Es ist da nun auf dem Gebiete der Beschäftigtenangelegenheiten daran zu erinnern, daß eine Revolutionsordnung nicht in den Ersatzstoffen berechtigten Angestellten den Arbeitsgehalt entzog. Und weiter an den Seiten, nicht immer mit einmündigen Wirtschaften gegenüber der Angestelltenversicherung. Es ist ferner zu bedenken, auf die Befreiung des Betriebsgesetzes, das noch heute den berechtigten Wünschen der Angestellten nicht gerecht wird und das doch unendlich zu verbessern wäre, daß es die Angestellten einmal, einfach in der Wirtschaften unterbreiten unterbreiten.

Solange die Sozialdemokratie im öffentlichen Leben eine Rolle spielt, solange sie sich selbst, die Angestellten als nur 'Arbeit' zu verteidigen. Sie war ein nicht zu unterschätzender Gegner der Kaufmannsvereine, weil sie der Arbeit in Arbeitsverträgen, die in im Werden sind. Sie war Gegner der Sonderversicherung der Angestellten, weil ihr die Vereinheitlichung der Versicherung wertvoller erschien als die zweckmäßige Gestaltung der Versicherung für die Wirtschaften. Für die Handelsinspektoren oder für Kaufmanns- und Angestelltenämter hätte sie nur plötz-

dann würde sie doch sagen, denn Salome nannte plötz-

Das Auge des Buddha

Roman von Friedrich Jacobson.

(Nachdruck verboten.)

'Ma, ja, riefste ich dich jeden Abend, wenn ich deinen großen Eid machte und das Bettengeweib mit dem großen aufging. Ich sage Ihnen, Salome, das war ein Schwab, das, wie es auf den ersten Blick aussah, wieder mal machte — nicht ebenmal der Auge von Mister Perry — so fuhre mit mit einnehmend wie so ein Feuerstrahl in die Augen, und das kam von dem großen, schwarzen Diamanten, den Mister Perry in der Krone trägt. Welch Gott, wer könnte es nicht wissen, aber damals hätte es mich fast den Hals gestrichelt.'

Die Alte war noch immer härmlos, die Erinnerung an seine Tage machte ihr Schatz und sie lagte hell auf.

'Ma du liebes Weibchen, der schwarze Diamant! An den aus der gnädige Herr seinen Namen geschrieben haben, ich glaube, er steht in seiner Krone. Das heißt — Sie drach plötzlich auf und geriet in Verwirrung. Jwan hatte sich gebückt, um den Hund zu streicheln, und vielleicht hatte seine Stimme deshalb dumpf und gepreßt, als er entgegnete:

'Das heißt, mein Schatz, auf die Wärenlogd wie er das höchste Ding wohl nicht mitgenommen haben.'

Das sollte denn das bedeuten? Ueber Jwans Verwirrungheit war Salome nicht unterrichtet, sie wachte nur, daß er aus dem Ausland kamme und gelegentlich von Wirtin erzählt hatte.

Das blinde dunkle Hostenlungen, die aber in diesen Augenblicken schärfer hervortraten und unheimliche Bälle aufwarfen.

Salome wurde plötzlich übertrieben vorsichtig; sie war unglücklich gewesen, als Jwan den Diamanten in der Krone gefunden, und jetzt kam es darauf an, diese Lasten nicht zu verraten.

'Wo denken Sie hin, Jwan,' sagte sie hastig, 'weil ich die Welt mit Jandica und ich, wir werden uns doch nicht trennen, um so ein solches Spiel zu bestreiten, das hat der gnädige Herr mitgenommen, darauf können Sie sich verlassen, ich glaube sogar — sowohl, ich habe selbst gesehen, daß er es vorne im Jagdband frag, und Jandica machte mich ihre Witze dabei. Herr Gott im Himmel, ist das heute wieder eine Witze — zur Nacht kriegen wir schließlich ein Bettweiser, und dann verdammt Jandica immer die ganze Dienerschaft in der Villa; sie furchtlich sich nämlich entschloß vor dem Donner, das müssen Sie doch noch wissen, Jwan!'

Der Riese lächelte ungläubig. Jandica und sich 'furchtlich' Jandica, die den Salto mortale gemacht hatte, ohne nur mit dem Wimpern zu zucken.

Über er sagte nichts davon und stand langsam auf. Die Augenblicke des Himmels über er gewohnt zu haben, denn

das schöne, große Tier schmeigte sich vertraulich an ihn, und er lächelte es auf den Kopf zu.

'Ma, ja, errietet, mich gehts nichts an. Also, nun kann ich wieder in die Dats gehen und für fünfzig Gents meine Kunststücke machen. Es ist ein ebenes Leben, aber Sie müssen mir verschreiben, Salome, der Jandica nicht davon zu verraten. Ich habe mich, so herausgefunden, und Sie, es gab doch eine Zeit, wo alle Aristokratoren sich um Jwan Rosanoff riefen!'

Salome war sehr nachdenklich in die Villa zurückgekehrt und redete ununterbrochen ständig mit dem Hunde.

Da ihr auch ein Mann, sagte sie, 'mit dem Schenkel von Axel kann ich leben, und ich will, daß er diese Nacht bei uns eintrifft, denn wenn ich nicht mal die Zähne zeigen. Wer, armes Kind, was sollte der das helfen, ich kenne den Jwan, er denkt einem Wöden die Seele zu.'

Dann änderte sich wieder ihr Sinn. Sie wachte, mit welcher Berechnung der Salome an Jandica hing, und konnte sich nicht vorstellen, daß er eines jandica Gewinnes halber für ein Bett zuziehen werde. Aber dabei füllte sie sich selber nicht schuldig.

Nach langem Grübeln beschloß die Alte, vorläufig Schweigen zu beobachten, um ihre Berechtigung nicht unnützlich in Angst zu setzen; vielleicht ließ es sich unaufrichtig machen, daß einer von der Dienerschaft die Nacht im Herrenhause schlief, und sie selbst sollte auch schon ihre Augen offen halten, um über Jandica zu wachen.

Ja, das wollte sie, denn darin hatte ja doch die Aufgabe ihres Lebens bestanden.

Jandica war erwaucht und lagte über schwere Träume. Das ist natürlich die Gewitterzeit, sagte sie, 'denn ich würde sonst keinen vernünftigen Grund angeben; aber es liegt mir in den Ohren wie Unheil. Ich bin nur froh, daß die Dats nicht zu vielert auf der Bahn!'

Salome ließ prompt in die Kerle.

Nicht nur auf der Bahnfahrt, Kindern, in Reutrop blieb fast jeden Tag jemand zurückgelassen. Wollen wir nicht doch lieber den Gärtner ins Haus nehmen? Wie kann ich es in die Nacht, aber den Braut der gnädigen Frau, vielleicht nichtiger als wir, anfragen, ob den Wägen und Kisten?

Jandica schloß den Kopf nachdenklich in die Hand. Die wilden Weiten werden ihm nichts tun, Salome, Menschen sind viel schlimmer. Aber ich glänze gar, Du furchtlich! Das! Denk doch nur daran, wie wir beide früher so schuldig waren, und es hat uns doch keine getroffen. Sie! Sie! Können wir aber einen Schatz haben, maute die Alte.

'Du meinst, wenn mein Mann nicht so viel unterwegs wäre — ja, liebe Seele, die Männer sind einmal nur anders, und wir Frauen müssen uns in ihre Eigenheiten einlassen. Sie waren ja niemals wie Herrin und Dienerschaft gewesen, diese beiden Kinder der angarischen Steppe und Jandica sprach daher ganz offen über ihren Gatten, aber

dann würde sie doch sagen, denn Salome nannte plötz-

'Der Westen war ganz anders gewesen,' sagte sie. Jandica wurde rot. Es hatte ja eine Zeit gegeben, wo sie nicht wirklich liebte und es bitter empfunden hatte, daß er einer anderen gehörte; dann war der Mann dasjenige gekommen, dem sie ihr glänzendes Leben verbannte, und der sie, abgesehen von seinen Spottreden, nicht etwas, sie behandelte hatte — aber Jwan sind nicht immer Recht und Schall, sie können auch Saboten herausbesprechen, und die Scharten gewinnen allmählich Boden.

Da er nicht von ihm hören, sagte sie, 'er ist für mich tot. Der weiß, ob er nicht wirklich tot ist!'

Da kam der Diener: Es wäre ein Herr draußen, der Mister Perry in einer dringenden Angelegenheit zu sprechen möchte. Man habe ihn bedeutet, daß Mister Perry verzeiht sei, aber er lasse sich nicht abweisen.

Jandica erhob sich. 'Zehn Name?'

Der Diener zeigte die Tafeln.

'Ist es ein Gentleman?'

'Dann geschloß.' 'Dann lasse ihn bitten.'

Es war nicht viel länger als ein Jahr, seitdem Jandica und Jandica voneinander Abschied nahmen — damals im Jhrus Morelli, als alles auseinanderbrach. Aber wie sie sich nun gegenüberstanden — denn es war Jandica — da konnte sie beide die große Veränderung, Jandica war verheiratet, und das bringt immer die Würde ins Frauenrecht, aber auch die Frage des Mannes hatte ein anderes Gesicht angenommen — es war etwas Unabwiesbares darin, und nicht mehr die alte Sicherheit des ehemaligen Schulreitors, obwohl seine soziale Stellung sich doch wohl gehoben haben mußte.

Die Liebesgeschichte war natürlich auf seinen Jandica, aber mit der Gewandtheit der Weltmaute sagte sie sich schnell und reichlich dem Gatt die Hand.

Die beiden, Herr Westen, dieses Zusammenkreuzen ist schmerzhaft — es ist so festsamer, weil ich vor wenigen Minuten von ihnen sprach.'

'Und was sagten Sie über mich, Frau Perry?'

Es ist wohl noch am Leben worden. 'Ich bin ein Kindling, der den Segeln des Schiffs die Richtung gibt, es ist oft nur ein fernes Wort, das im Leben die gleiche Wirkung auslöst. Da begegnet sich zwei, die einander wert waren, und sie hatten den Atem an; dann sagt der eine: 'Sie da, leben Sie aus! naja!'

